

„Keine Vorratsbeschlüsse“

Gutachten bestärkt Bedenken der SPD bei Bundeswehreinsätzen

löv. BERLIN, 28. Februar. Die SPD ist gegen „Vorratsbeschlüsse“ für den Einsatz von Bundeswehrsoldaten. Das machte der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Arnold, im Gespräch mit dieser Zeitung deutlich. Arnold sieht sich darin bestärkt durch ein Rechtsgutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags. Darin heißt es, eine generelle Zustimmung zu Beginn der Legislaturperiode „wäre mit Sinn und Zweck des Parlamentsvorbehalts unvereinbar“; eine Ausnahme gelte nur für den Verteidigungsfall. „Soweit der Bundesregierung jedoch Spielraum zur Anpassung einer laufenden Mission gewährt wird, ist dies bei hinreichender Information des Parlaments verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden. Gleiches gilt für bestimmte

Einsätze in Nato- oder VN-Verbänden.“

Arnold sagte, es gebe „mehrere Versuche“, die integrierten Einsatzverbände von Europäischer Union (EU-Battle-group) und Atlantischem Bündnis (Nato Response Force) „mit Vorratsbeschlüssen auszustatten“. Dies sei ausweislich des Gutachtens rechtlich nicht haltbar. Besonders in den Reihen der Unionsfraktion gibt es die Bestrebung, den Einsatz von deutschen Soldaten in integrierten Verbänden schon dann zu mandatieren, wenn diese Verbände aufgestellt werden – und nicht erst, wenn ein schneller Einsatz bevorsteht. Die Rechte des Parlaments sehen die Verfechter dieser Überlegungen – unter anderen die Außenpolitiker Schockenhoff, von Kläden, Silberhorn – mit dem Rückholrecht gewährt. In dem Gutachten wird ein abgestuftes Verfahren

nicht ausgeschlossen. Auch an Zeitnot, so argumentiert die SPD, sei noch nie ein Einsatz gescheitert. „Die Mandate für Kosovo, mehrfach für Mazedonien oder für Ost-Timor sind in ganz kurzer Zeit zustande gekommen“, sagt Arnold.

Auch für die integrierten Verbände müsse in jedem konkreten Fall ein Mandat eingeholt werden, sagte der SPD-Politiker. „Wir müssen damit leben, dass, wenn die Argumente schlecht sind, deutsche Soldaten nicht an einem Einsatz beteiligt werden können.“ Einen Sonderfall sieht Arnold bei Soldaten in integrierten Stäben gegeben, wenn der Einsatz von Soldaten des Bündnisses insgesamt gefährdet würde, wenn sie abgezogen würden.